

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Thering, Franziska Rath, Jörg Hamann,  
Carsten Ovens, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Endlich Stadtentwicklung durch kluge Verkehrspolitik – Oberirdische  
Parkplätze unter die Erde bringen**

Die Zahl der Parkplätze in Hamburg nimmt stetig ab. Die SPD-Senate haben seit dem Regierungswechsel 2011 bis Ende 2017 im Saldo, also unter Einberechnung neuer Parkplätze, fast 2.300 öffentliche Parkplätze in Hamburg vernichtet. Die Dunkelziffer liegt laut Expertenmeinung deutlich höher.

Die Folgen der Umsetzung des rot-grünen Koalitionsvertrags und der daraus abgeleiteten Anti-Autofahrer-Agenda sind vielerorts zu beobachten. Fahrspuren für den Autoverkehr und Parkplätze fallen weg. Parkplatzsuchverkehre und Staus nehmen zu. Der Zielkonflikt zwischen Stadtentwicklung und Mobilität ist bei diesen Punkten scheinbar unüberwindbar.

Doch dieser Eindruck trügt. Bereits im April 2015 hat sich die CDU-Fraktion mit Drs. 21/399 in Anlehnung an ein Modell aus Zürich für die Verlagerung oberirdischer öffentlicher Parkplätze in unterirdische Tiefgaragen eingesetzt. Mit dem sogenannten Historischen Parkplatzkompromiss verfolgt die Stadt Zürich seit 1996 erfolgreich ein Konzept, bei dem oberirdische Parkplätze in unterirdische Anlagen verschoben werden, ohne dass die Gesamtzahl der öffentlich zugänglichen Parkplätze angetastet wird. Dieser Antrag wurde allerdings ohne Begründung mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKE (R2G) abgelehnt.

Zumindest bei den regierenden GRÜNEN scheint aber ein Umdenken stattgefunden zu haben. Diese haben die CDU-Forderung heimlich kopiert und forderten jüngst auf ihrem Landesparteitag ebenfalls die Errichtung von Tiefgaragen als Ersatz für oberirdische Parkplätze. Dieser Sinneswandel gilt es parlamentarisch zu bekräftigen.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. ein Konzept zu entwickeln, dass eine Verschiebung oberirdischer Parkplätze in unterirdische Anlagen vorsieht, ohne dass die Gesamtzahl der öffentlichen Parkplätze weiter verringert wird.
2. der Bürgerschaft darüber bis 31. Januar 2019 zu berichten.